

WERNER BÜHRER

## DER BDI UND DIE AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

Die internationale Karriere der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren gehört zu den erstaunlichsten Ereignissen der jüngeren Zeitgeschichte. Zuvor gut vier Jahre lang, wenngleich mit abnehmender Tendenz, Objekt alliierter Politik, mauserte sich der Westen Deutschlands innerhalb eines knappen Jahrzehnts vom begehrten Handelspartner zur wirtschaftlichen Vormacht in Westeuropa, deren Stimme politisch ebenfalls an Bedeutung gewann. Diese schrittweise Rückkehr in den Kreis der europäischen Mächte spiegelte sich im westlichen Ausland nicht nur in einer Reihe von mehr oder weniger seriösen Arbeiten über das „neue Deutschland“ wieder<sup>1</sup>, sondern beschäftigte auch die Experten in den außenpolitischen Planungsstäben. Der Aufschwung seit 1948, hieß es beispielsweise in einem amerikanischen Memorandum vom September 1952, habe Deutschlands Nachbarn und die Westmächte mit der Tatsache konfrontiert, daß die Bundesrepublik nun, abgesehen von der UdSSR, die stärkste Macht Europas sei; zur Beunruhigung gebe es allerdings keinen Anlaß: „There seems to be little evidence today that Germany consciously aspires to the hegemony of Europe through the instrumentality of European union, or aims to utilize European union as a vantagepoint from which to embark upon a new course of Machtpolitik.“<sup>2</sup>

Derart unbefangen war von deutscher „Macht“ und „Machtpolitik“ hierzulande in jenen Jahren nicht die Rede, denn verständlicherweise waren diese Begriffe aus dem politischen Sprachschatz zunächst weitgehend verbannt<sup>3</sup>. Allenfalls in abgeschwächter

<sup>1</sup> Stellvertretend seien genannt Alistair Horne, *Return to Power – a Report on the New Germany*, New York 1956 und Karl W. Deutsch/Lewis J. Edinger, *Germany Rejoins the Powers. Mass Opinion, Interest Groups and Elites*, Stanford, Cal. 1959. Zu den „Untiefen“ der westdeutschen „success story“ vgl. neuerdings Hans-Peter Schwarz, *Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten*, hrsg. u. eingel. v. Hermann Rudolph, Berlin 1990, S. 151–174. – Die Idee zu diesem Aufsatz geht zurück auf eine Tagung in Florenz über „Europa und die Machtpolitik 1952–1957“. Der Tagungsband ist kürzlich erschienen: Ennio Di Nolfo (Hrsg.), *Power in Europe? II Great Britain, France, German and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, Berlin/New York 1992.

<sup>2</sup> Memorandum eines Mitglieds an den Direktor des Policy Planning Staff, Paul Nitze, v. 4. 9. 1952, in: *FRUS 1952–1954, Vol. VII, Washington 1986*, S. 356–361, hier S. 357.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Bemerkungen von Bernd-Jürgen Wendt, *Europe between Power and Powerlessness*, in: Josef Becker/Franz Knipping (Hrsg.), *Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950*, Berlin/New York 1986, S. 539–555, hier S. 540, und Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985, S. 17–59.

Form, als „wirtschaftliche Macht“, wurde der Begriff intern gelegentlich gebraucht. Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre war es in der Tat vor allem das westdeutsche Wirtschaftspotential, das in den Augen ausländischer Beobachter die besorgniserregende „Stärke“ des jungen Staates ausmachte. Auf deutscher Seite, vor allem in Kreisen der Industrie, nahm man solche Befürchtungen nicht ohne Stolz zur Kenntnis, um sie dann mit großer Geste als völlig überzogen zurückzuweisen, obwohl mancher Politiker oder Industrielle insgeheim vermutlich ähnlich dachte. Damit ist auch schon das Thema des folgenden Beitrags angesprochen: Welche Vorstellungen waren in der westdeutschen Industrie über Rolle und Einfluß der Bundesrepublik im europäischen und weltweiten Machtgeflecht vorherrschend? Wandelten sich diese Perzeptionen im Laufe der fünfziger Jahre? Wenn ja, welche Faktoren waren dafür verantwortlich?

Die damals einflußreichste Vertretung der westdeutschen Unternehmerschaft war zweifellos der Bundesverband der Deutschen Industrie. Der BDI verstand sich zwar nicht als „politisches Gremium im eigentlichen Sinne“, aber seine wirtschaftlichen Zielsetzungen waren nach eigener Einschätzung „von der Politik nicht zu trennen“. Der Verband bekannte sich nicht nur zur „außenpolitischen Verantwortung“, er zählte auch zu denjenigen Organisationen, welche die Außenpolitik gerade des Bundeskanzlers, von wenigen Ausnahmen abgesehen, am aktivsten und nachhaltigsten unterstützten. Schon deshalb kam den außenpolitischen Vorstellungen des Verbandes besonderes Gewicht zu<sup>4</sup>.

Eine Beschäftigung mit dem BDI wirft freilich methodische Probleme auf. Auch wer sich von der These zeitgenössischer Beobachter, die deutschen Unternehmer neigten zur politischen Abstinenz, nicht beirren läßt<sup>5</sup>, steht vor dem Problem, daß im engeren Sinne politische Diskussionen während der offiziellen Sitzungen der Verbandsgremien eher selten stattfanden bzw. in den offiziellen Protokollen zumindest nicht dokumentiert sind<sup>6</sup>. Um diesen Mangel auszugleichen, werden im folgenden gelegent-

<sup>4</sup> Fritz Berg, *Industrie und außenpolitische Verantwortung*, in: *Industriekurier* v. 3. 5. 1952. Vgl. auch Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, (Taschenbuch-Ausg.) München 1971, bes. Bd. 2, S. 50–58; Dieter Piel, *Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, München 1975, S. 207–215; Kurt P. Tudyka, *Gesellschaftliche Interessen und Auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer*, Nijmegen 1978; Roland Raithel, *Wirtschaft und Außenpolitik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland*, Diss. Erlangen-Nürnberg 1984.

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Gabriel A. Almond, *The Politics of German Business*, in: Hans Speier/W. Phillips Davison (Hrsg.), *West German Leadership and Foreign Policy*, Evanston/White Plains 1957, S. 195–241. Es handelt sich dabei um eine 1955 für die Rand Corporation angefertigte Studie. Deren Ergebnisse bekräftigte ein Angehöriger der britischen Botschaft in Bonn im Februar 1956 unter Hinweis auf eigene Beobachtungen in den meisten Punkten. Sykes an Rose v. 25. 2. 1956, PRO FO 371/124 587/WG 1108/2.

<sup>6</sup> Ich beziehe mich hier auf die beim BDI zugänglichen Unterlagen aus den fünfziger Jahren. Die Bezeichnung „BDI-Archiv“ (im folgenden BDIA) ist zwar sehr hochgegriffen, soll aber der Einfachheit halber doch beibehalten werden. Es handelt sich dabei um wenige Reste von Verbandsarchivalien aus

lich zusätzlich „inoffizielle“ Äußerungen und Analysen führender BDI-Mitglieder oder anderer, dem Verband nahestehender Industrieller berücksichtigt. Relativiert wird die These vom „politischen Defizit“ allerdings schon dadurch, daß „Macht“ in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg generell sehr viel stärker wirtschaftlich definiert wurde<sup>7</sup>, und dies war nun freilich das Metier der Unternehmerverbände. Die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken lag somit nahe, auch für die westdeutschen wirtschaftlichen Eliten und zumal angesichts der anfänglichen politischen und anhaltenden militärischen Machtlosigkeit.

Eine zweite Schwierigkeit bei der Behandlung BDI-spezifischer Macht- und Rollenperzeptionen resultiert schließlich aus der weitgehenden Übereinstimmung zwischen staatlicher Außenpolitik und den Positionen wenigstens der BDI-Spitze. Schon in dem Brief, mit dem Fritz Berg als frisch gewählter Präsident den Bundeskanzler offiziell über die Verbandsgründung informierte, versicherte er, daß seine Organisation in „der großen Linie der auswärtigen Politik völlig“ mit dem Regierungschef übereinstimme<sup>8</sup>. Strategiedebatten oder gar Versuche, die Außenpolitik zu beeinflussen, waren dank dieses Grundkonsenses im allgemeinen unnötig, und manche Lagebeurteilungen deckten sich voll und ganz mit entsprechenden Diagnosen und Konzepten Adenauers. Zu bestimmten Fragen gab es aber auch unterschiedliche Auffassungen, und es ist eines der Ziele dieses Aufsatzes, diese Differenzen herauszuarbeiten. Ungeachtet möglicher Abweichungen von der offiziellen Politik ließ der Verband, wie bereits erwähnt, an der „außenpolitischen Verantwortung“ der Industrie jedoch keinen Zweifel; der wirtschaftliche Wiederaufbau war aus seiner Sicht zugleich der wichtigste Beitrag zur Außenpolitik der Bundesregierung.

Den Erfolg dieser Politik, welcher mit der Erlangung der formalen Souveränität am 5. Mai 1955 seinen für alle sichtbaren Ausdruck fand, führte Fritz Berg wenige Tage später vor allem auf vier Faktoren zurück: auf das rückhaltlose Bekenntnis zum Westen, das entschiedene Eintreten für ein einiges Europa als Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung, die mit Nachdruck betriebene Verständigung mit Frankreich und das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten<sup>9</sup>. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine neuere Studie zur westdeutschen Außenpolitik, für die folgende „drei miteinander verzahnten Elemente“ das außenpolitische Erfolgsrezept aus-

---

den fünfziger und sechziger Jahren, die Umzüge und aus Platzmangel geborene Vernichtungsaktionen überstanden haben; nahezu komplett sind lediglich die Niederschriften der Präsidiumssitzungen – überwiegend in Form von Ergebnisprotokollen – vorhanden. Herrn Franz von der Europaabteilung des BDI sei an dieser Stelle ganz herzlich für die Benutzungsgenehmigung und die freundliche Betreuung gedankt.

<sup>7</sup> Vgl. Wendt, *Europe*, S. 542 ff. Grundsätzlich Richard Rosecrance, *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt a. M. 1987.

<sup>8</sup> Berg an Adenauer v. 30. 11. 1949, BDI 13/Sitzungsprotokolle 1949/50. Vgl. auch Gerard Braunthal, *The Federation of German Industry in Politics*, Ithaca, N. Y. 1965, bes. S. 284–334; Baring, *Außenpolitik*, S. 50–58; Raithel, *Wirtschaft*.

<sup>9</sup> Vgl. Bericht über die 6. ordentl. Mitgliederversammlung des BDI, S. 25–29 (= BDI-Drucksache Nr. 36).

machten: „die Konzentration auf Wirtschaftsfragen auch auf dem Gebiet der Außenbeziehungen, die enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika sowie – als Kernstück der anvisierten Westorientierung – die Verständigung mit den westeuropäischen Nachbarn, allen voran Frankreich“<sup>10</sup>. Damit sind zugleich die wichtigsten Handlungsebenen umrissen, auf denen sich die Bundesrepublik bewähren mußte. Sie war dabei nicht so „ohnmächtig“, wie es noch Ende der vierziger Jahre schien und manche Politiker und Industrielle insbesondere die ausländische Öffentlichkeit glauben machen wollten. Wie der BDI den raschen Wandel des jungen Staates vom Objekt zum Mitgestalter der internationalen Politik wahrnahm, soll im folgenden gezeigt werden. Dazu wird in einem ersten Schritt die Entwicklung bis zum Mai 1955 skizziert und in einem zweiten danach gefragt, ob der neugewonnene völkerrechtliche Status die Perzeption des Bundesverbandes veränderte.

## I.

„Die Besatzungszeit geht zu Ende. Wir beginnen einen neuen Abschnitt unseres Lebens als politisch und wirtschaftlich wieder selbstverantwortlicher Staat.“ Mit dieser ebenso lapidaren wie programmatischen Feststellung kündigte BDI-Präsident Berg anlässlich der Mitgliederversammlung des Verbandes am 18. Mai 1953 eine neue Etappe der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik an<sup>11</sup>. Die rasante Wandlung „vom ehemaligen Feindstaat zum heutigen Verbündeten des Westens“ war kaum noch der Erwähnung wert, so unentbehrlich fühlte sich „die Industrie“ mittlerweile „in der Verteidigungsfront der freien Länder des Westens gegen den kommunistischen Andrang des Ostens“. Zwar wies Berg in durchaus realistischer Einschätzung auf „gewisse Klippen“ hin, die auf dem Weg der „aktiven Eingliederung“ der Bundesrepublik noch zu überwinden seien – bis zur Erlangung der formalen Souveränität sollte es ja auch noch fast zwei Jahre dauern –, aber der Optimismus und das Selbstbewußtsein der westdeutschen Industriellen waren doch unverkennbar.

Noch wenige Jahre zuvor hatte es zu solcher Hochstimmung wenig Anlaß gegeben. Die militärische Niederlage und der politische Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ bedeuteten auf zunächst unabsehbare Zeit das Ende Deutschlands als eigenständiger Machtfaktor. Dies galt nicht allein für den politischen Bereich, sondern auch für die Wirtschaft. Wichtige Industrien wie Eisen und Stahl, Bergbau oder Chemie unterstanden alliierter Kontrolle, der Außenhandel lag zunächst völlig in den Händen der Besatzungsbehörden. Erst mit dem Marshallplan und der Entscheidung für die Einbezie-

<sup>10</sup> Hans-Jürgen Schröder, Kanzler der Alliierten? Die Bedeutung der USA für die Außenpolitik Adenauers, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 118–145, hier S. 118. Vgl. allgemein Hans-Peter Schwarz, Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 593–612.

<sup>11</sup> Kundgebung und Mitgliederversammlung des BDI v. 17.–19.5. 1953, S. 15 (=BDI-Drucksache Nr. 21); dort auch die folgenden Zitate.

hung der Westzonen in das European Recovery Program eröffneten sich wieder günstigere Perspektiven<sup>12</sup>. Vor allem die amerikanische Regierung gab deutlich zu verstehen, daß der westliche Teil Deutschlands einen unverzichtbaren Part in ihrer auf die Stabilisierung Westeuropas zielenden Strategie spielte. Die Chancen, die diese neue Rolle den Westdeutschen bot, wurden in den maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen rasch erkannt: Eigene, „nationale“ Ziele konnten nun in „europäischer“ Verpackung sehr viel besser verfolgt werden als zuvor. Da es zunächst darum ging, das westdeutsche Wirtschaftspotential für den Wiederaufbau Westeuropas einzusetzen, kam der Industrie von Anfang an eine Schlüsselrolle zu.

Dabei entstand die bereits angedeutete, nur auf den ersten Blick paradoxe Situation, daß sich die öffentliche Selbstdarstellung der westdeutschen Industriellen deutlich von dem Bild unterschied, das man sich in den westeuropäischen Nachbarländern machte. Insbesondere in Frankreich galt die Industrie jenseits des Rheins nach wie vor als furchteinflößender und übermächtiger Konkurrent, der mit allen Mitteln gebändigt werden mußte, um so mehr, nachdem seit Herbst 1949 mit der Bundesregierung wieder eine zentrale Instanz vorhanden war, die sich zum Verwalter wirtschaftlicher Interessen machen konnte<sup>13</sup>. Adenauer war deshalb, wie auch schon lange vor seiner Kanzlerschaft, darum bemüht, die Besorgnisse der Nachbarn im Westen, allen voran Frankreichs, zu zerstreuen und um Vertrauen für das „neue Deutschland“ zu werben.

Einflußreiche Kreise der Industrie unterstützten – nach anfänglichem Zögern – diesen Kurs. Insbesondere der Klöckner-Chef Günter Henle, nicht nur wegen seiner CDU-Mitgliedschaft und seines Bundestagsmandats einer der herausragenden „politischen“ Industriellen, machte sich zum engagierten Fürsprecher der deutsch-französischen Verständigung. Obgleich nicht in den Gremien des BDI vertreten, hatte sein Wort gerade in außenpolitischen Fragen auch im Verband beträchtliches Gewicht.

Ausgangspunkt seiner Analyse zu den deutsch-französischen Beziehungen vom November 1949 war die Feststellung, daß sich die Situation der beiden Länder als Folge des „gewaltigen Erdstoches, der sich in Deutschland seit 1945 vollzogen“ habe, einander angeglichen habe<sup>14</sup>. Die Bundesrepublik wolle zum Westen, weil sie sich

<sup>12</sup> Vgl. dazu Manfred Knapp, Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: ders. (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration, Frankfurt a. M. 1984, S. 13–93; Werner Bühret, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 84–113; Hans-Jürgen Schröder, Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/87, S. 3–17; neuerdings auch Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York/Oxford 1991.

<sup>13</sup> Vgl. stellvertretend das bekannte Memorandum Jean Monnets zum Schumanplan v. 3. 5. 1950, abgedruckt u. a. in Gilbert Ziebur, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 195–200.

<sup>14</sup> Gedanken zu einer deutsch-französischen Aussprache v. 22. 11. 1949, in: Klöckner-Archiv, NL Henle, Europ. Bewegung, 1. 6.–31. 12. 1949; dort auch die folgenden Zitate. Obgleich ungezeichnet, läßt das Dokument kaum Zweifel daran, daß Henle der Verfasser war.



„heute selbst bedroht, exponiert und schutzlos“ sehe, also „selbst von jenem Verlangen nach *sécurité* gepackt“ sei, das in Frankreich „schon seit 1918 so stark“ dominiere. Unter Hinweis auf das „alles beherrschende Faktum“ des „Eisernen Vorhangs“ ordnete er die deutsch-französischen Beziehungen in einen größeren Zusammenhang ein und beteuerte, daß „die Welt von vorgestern versunken sei mit all ihren ehrgeizigen Zielen und Ambitionen“. Alte Rivalitäten seien angesichts übergreifender weltpolitischer Gegensätze „selbstmörderisch und sinnlos“ geworden, die Bundesrepublik habe keine neuen Ziele einer „künftigen Machtpolitik im Westen“, sondern sei sich bewußt, daß es „im Zeitalter der Atombomben Machtpolitik des alten Stiles gar nicht mehr geben“ könne, sondern nur noch „eine verzweifelt ernste Politik der Sicherung der eigenen Existenz“. Anders als in den zwanziger Jahren sei es unter den Bedingungen des Kalten Krieges klar, daß „der Souveränitätsgedanke höheren Erfordernissen zu weichen“ habe, wenn es um das „Gesamtwohl und den Fortbestand Europas“ gehe. In der Sorge, auf französischer Seite noch nicht alle Zweifel zerstreut zu haben, stellte Henle überdies jegliche Aufrüstungsabsichten in Abrede. Zugleich beharrte er darauf, daß nur ein „deutsch-französischer Zusammenschluß wirtschaftlicher Art“ die Probleme beim Wiederaufbau Westeuropas lösen könne, nicht etwa schon ein Zusammenschluß Frankreichs mit den Beneluxstaaten oder Italien. Und in Anspielung auf weitverbreitete Befürchtungen in Frankreich stellte er nachdrücklich heraus, daß man den Nachbarn nicht „verspeisen“ wolle, da dies weit über die eigenen Kräfte gehe, wenngleich das Vertrauen in das westdeutsche „Leistungsvermögen“ schmeichle. Eine Kategorie wie „Übergewicht“ sei mittlerweile veraltet; wer Europa wirklich wolle, müsse sich „von Sentiments dieser Art freimachen“.

Diese Analyse und insbesondere die Bewertung des deutsch-französischen Verhältnisses waren repräsentativ für die maßgeblichen Kreise der westdeutschen Industrie: Auch für den BDI war die Aussöhnung mit Frankreich der „Angelpunkt der europäischen Rettung“<sup>15</sup>. Der Verweis auf die eigene Machtlosigkeit war sicherlich keine Koketterie, vielmehr deutete die Beschwörung westeuropäischer Einigkeit darauf hin, daß dieses als real empfundene Defizit durch die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ausgeglichen werden sollte. Fraglich ist hingegen Henles Behauptung, daß Denkkategorien wie „Hegemonie“ überholt seien. Gerade das westdeutsche Wirtschaftspotential begünstigte entsprechende Ambitionen nämlich nach wie vor, und wenn der Klöckner-Chef eine „Machtpolitik alten Stiles“ auch demonstrativ verabschiedete, so war damit noch nichts darüber gesagt, ob nicht auf der Ebene der Wirtschaftsbeziehungen Möglichkeiten zu einer Machtpolitik „neuen Stils“ gegeben waren; überdies galt der Verzicht ausdrücklich nur gegenüber dem Westen.

Tiefere politische Überlegungen dieser Art hatten in Industriekreisen Seltenheitswert. Auf der Gründungsversammlung des Spitzenverbandes im Oktober 1949 war Hermann Reusch von der Gutehoffnungshütte Oberhausen, eine der maßgeblichen Persönlichkeiten im Präsidium, nur knapp auf Fragen der internationalen

<sup>15</sup> Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, 28. 3. 1950, S. 18 (= BDI-Drucksache Nr. 4).

Beziehungen eingegangen. Sein Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit resultierte aus der Überzeugung, daß anders die „abendländische Kultur“ nicht zu retten sei. Die Rolle, die er der Bundesrepublik dabei zuwies, war recht gewichtig: „Ohne Deutschland und ohne eine starke deutsche Wirtschaft“ sei eine „europäische Gemeinschaft“ nicht denkbar, sagte er unter Berufung auf die „allgemeine Überzeugung der abendländischen Welt“<sup>16</sup>. Freilich gab sich der BDI keinerlei Illusionen über den Handlungsspielraum der Bundesregierung hin. Die außenpolitische Lage, so stellte Fritz Berg auf einer wirtschaftspolitischen Kundgebung des Verbandes im März 1950 klar, könne von deutscher Seite „noch nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar beeinflusst“ werden<sup>17</sup>.

Zur Legitimation seines Standpunktes reichten solche Stellungnahmen allerdings völlig aus, standen doch Notwendigkeit und Nutzen internationaler Kooperation für den BDI außer Frage. Im Falle der deutsch-französischen Beziehungen, die aus Sicht des BDI Priorität genossen, tat das gute persönliche Verhältnis Bergs zum Präsidenten des Conseil National du Patronat Français, Georges Villiers, ein übriges. Zwar gab es seit Ende der vierziger Jahre auch zu den Industrien in den meisten anderen westlichen Nachbarländern zufriedenstellende Kontakte<sup>18</sup>, doch fehlte ihnen jener ausgeprägt politische Charakter, welcher die Verständigungsversuche mit Frankreich von Anfang an auszeichnete.

Das Ziel, das der BDI mit Hilfe der Verbesserung der bilateralen Beziehungen ebenso wie durch die Mitarbeit am europäischen „Einigungswerk“ zu erreichen hoffte, hieß zunächst und vor allem: Gleichberechtigung. Weiter kam es der Verbandsführung darauf an, den deutschen Handlungsspielraum zu erweitern und marktwirtschaftlichen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen. Dies waren zugleich die Kriterien, nach denen der „Wert“ der einzelnen Integrationsinitiativen und „Integrationsklubs“ beurteilt wurde.

Die erste europäische Organisation, in welche die Bundesrepublik „gleichberechtigt“ aufgenommen wurde, war die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC). Während der Marshallplan mitunter auf Kritik aus dem BDI stieß, weil er, wie Fritz Berg auf der Mitgliederversammlung vom März 1950 bemängelte, aufgrund seiner „falschen Konzeption“ den Aufbau der „nationalen Industrien“ gefördert habe<sup>19</sup>, genoß die OEEC beim BDI ein bemerkenswert hohes Ansehen während der gesamten fünfziger Jahre. So lobte der Jahresbericht 1954/55 die OEEC als „das bisher erfolgreichste Instrument europäischer wirtschaftspolitischer Integration (. . .), das ohne supranationale Befugnisse, allein durch die Zustimmung seiner Mitglieder“

<sup>16</sup> Bericht über die Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände (so der ursprüngliche Name des BDI; W. B.), S. 6 (= BDI-Drucksache Nr. 2).

<sup>17</sup> Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, S. 18.

<sup>18</sup> Zu den Kontakten zur britischen und zur belgischen Industrie vgl., mit mehreren Belegen, Haniel-Archiv, Oberhausen (HA), NL H. Reusch, 40010146/231. Für die Beziehungen zur französischen Industrie vgl. Werner Bühner, Wegbereiter der Verständigung. Deutsch-französische Industriellenkontakte 1947–1955, in: *Revue d'Allemagne* XXIII (1991), S. 73–86.

<sup>19</sup> Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, S. 9.

wirke<sup>20</sup>. Diese Charakterisierung läßt zugleich erkennen, was die Industrie an der Pariser Organisation so sehr schätzte: Wegen des Fehlens supranationaler Elemente blieb die Entscheidungskompetenz der einzelnen Regierungen letztlich unangetastet; im Konfliktfall erhielten deshalb meist die „nationalen Interessen“ den Vorzug vor den „europäischen“, waren doch gravierende Sanktionen nicht zu befürchten. Das war auch der Grund, weshalb das zweite Integrationsmodell, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), im Bundesverband von Anfang an wenig Anhänger fand. Die EGKS, entstanden aus der Initiative des französischen Außenministers Schuman vom Mai 1950, zielte auf die Integration der Montanindustrien Frankreichs, der Bundesrepublik, Italiens und der Beneluxstaaten<sup>21</sup>. Der BDI, in dieser Erwartung von der Bundesregierung unterstützt, erhoffte sich von der Montanunion die Aufhebung der alliierten Kontrollen und Beschränkungen der für den Wiederaufbau so zentralen Grundindustrien. Zumindest 1952, als die EGKS ihre Arbeit aufnahm, war dieses Ziel auch weitgehend erreicht; unerwünschte Folgen der als diskriminierend empfundenen alliierten Dekartellisierungspolitik konnten durch eine „Neuordnung nach der Neuordnung“ rasch beseitigt werden. Und obwohl der Vertrag der Ruhrindustrie die Möglichkeit zur Errichtung einer neuerlichen Stahlhegemonie in Westeuropa offenhielt, galt die doch umständliche supranationale Apparatur der Montanunion als störend – in den übrigen Branchen noch mehr als in den beiden unmittelbar betroffenen. Wurde nämlich, was zum damaligen Zeitpunkt durchaus wahrscheinlich war, der Weg der sektoralen Integration fortgesetzt, drohte auch den anderen Industrien ein ähnlicher „Dirigismus“. Der BDI warnte denn auch in einer EntschlieÙung vom März 1952 vor einer Nachahmung des EGKS-Modells und plädierte dafür, „das Ziel einer weiteren europäischen Integration nicht durch Teilunionen, sondern durch entschlossene Fortsetzung der Liberalisierung und allmählichen Abbau der Zollsätze anzustreben“<sup>22</sup>.

Das Dilemma, in dem sich der Verband und große Teile der Industrie befanden: aus politischer Einsicht einen Schritt vollziehen zu müssen, den man aus wirtschaftlichen Gründen ablehnte, wird am Beispiel der EGKS besonders deutlich, vor allem dann, wenn die – durchweg positiven – öffentlichen mit internen Stellungnahmen konfrontiert werden. So klagte etwa der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans Wellhausen – er versorgte Hermann Reusch, den starken Mann im BDI-Präsidium, mit politischen In-

<sup>20</sup> BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 18. Auch der DIHT schätzte die OEEC sehr, vgl. z. B. Tätigkeitsbericht 1957/58, S. 42.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden Bührer, Ruhrstahl, S. 165–215. Zur Haltung des BDI vgl. Hans-Wolfgang Platzer, Unternehmensverbände in der EG – ihre nationale und transnationale Organisation und Politik, Kehl a. Rh./Straßburg 1984, S. 42–46. Zu den französischen Intentionen vgl. Constantin Goschler/Christoph Buchheim/Werner Bührer, Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37 (1989), S. 171–206. Grundsätzlich neuerdings John Gillingham, Coal, steel, and the rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr conflict to economic community, Cambridge 1991.

<sup>22</sup> EntschlieÙung des BDI zur Frage weiterer wirtschaftlicher Teilunionen v. 26. 3. 1952, in: Bundesarchiv (BA), NL Blücher, 103. Vgl. auch BDI-Jahresbericht 1952/53, S. 25/26.



formationen – darüber, „daß Deutschland in technischer und wirtschaftlicher Beziehung fast überall bei Eisen und Kohle am längeren Hebelarm“ sitze, auf diese „Machtposition“ aber weitgehend verzichte und „überwiegend aus politischen Gründen“ wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehme<sup>23</sup>. Daß diese Haltung durchaus typisch für die integrationspolitische Einstellung in der Umgebung Reuschs war, zeigt auch ein Briefentwurf aus der wirtschaftspolitischen Abteilung der Gutehoffnungshütte. Recht unverblümt heißt es dort, eine wirtschaftliche Integration Europas sei schon deswegen notwendig, „um den starken Impulsen, die von der deutschen Wirtschaft ausgehen, genügend Spielraum zu geben“. Allerdings sei es „in der letzten Zeit“ fraglich geworden, ob die Montanunion diesem Ziel tatsächlich dienlich sei: „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa“, so das Fazit, müsse nämlich „ein dynamischer Prozeß sein, der nicht nur der Selbständigkeit der einzelnen Unternehmensführungen, sondern auch dem nationalen Charakter der verschiedenen Volkswirtschaften Rechnung“ trage<sup>24</sup>.

Es war also nicht nur der größere Einzugsbereich, der den BDI und andere Unternehmerverbände für die OEEC begeisterte, sondern auch der größere Entscheidungsspielraum, der den einzelnen Teilnehmerstaaten blieb. Im Aufbau eines lockeren westeuropäischen Verbundsystems als Zwischentappe auf dem Weg zur weltwirtschaftlichen Integration nach dem Vorbild der Verhältnisse vor 1914 erblickten diese Kreise die adäquate Bedingung für die rasche Expansion einer exportorientierten Wirtschaft wie der westdeutschen. Und die Möglichkeiten, die eine solche liberale Weltwirtschaft einer starken Wirtschaftsmacht nicht zuletzt in politischer Hinsicht bot, wollte man sich durch die Einbindung in supranationale Entscheidungsstrukturen nicht von vornherein verstellen lassen. Daß ein rasches Comeback jedoch nur durch eine aktive Teilnahme an den Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration Westeuropas, in welcher Form auch immer, gewährleistet war, daran gab es in den maßgeblichen Wirtschaftskreisen keinen Zweifel.

Positionsgewinne für die Bundesrepublik erhoffte sich der BDI aber auch durch die Einbeziehung in die militärische Integration. Abgesehen davon, daß die Westalliierten einen nationalen Alleingang in Richtung Wiederbewaffnung ohnehin nicht zugelassen hätten, war der BDI davon überzeugt, daß die Bundesrepublik, auf sich allein gestellt, gegen die, wie Berg sich auszudrücken pflegte, „asiatische Überflutung“ machtlos gewesen wäre. Freilich wurden intern hin und wieder auch Zweifel an der Aggressivität der UdSSR laut. So glaubte Reusch selbst während des Koreakrieges nicht daran, daß „Rußland von sich aus einen Schießkrieg in Europa vom Zaune brechen“ werde; „viel größer“ sei „die Gefahr, daß die Amerikaner den Anfang machen“<sup>25</sup>. Solche Töne, die gar nicht recht zu seinem Image des Hardliners passen wollten, waren allerdings selten. Typischer waren da schon Kommentare, die führende Unternehmer anlässlich eines

<sup>23</sup> „Schumann-Plan“ (sic!). Notiz Wellhausen für Reusch v. 25. 8. 1950, in: HA, NL H.Reusch, 40010146/44.

<sup>24</sup> Entwurf einer Antwort auf den Brief des EGKS-Vizepräsidenten Etzel v. 19. 1. 1955, in: Ebenda, 40010146/47.

<sup>25</sup> Reusch an Heinrichsbauer v. 8. 12. 1950, in: Ebenda, 40010145/153.

Vortrags des Generals a. D. Speidel auf der BDI-Präsidiumssitzung im November 1954 abgaben: eifrige Plädoyers für eine „Politik der Stärke“, notfalls „auch um den Preis einer Verzögerung des Freiwerdens der Sowjetzone“; Klagen über „weiche Stellen des Westens“ in der Bundesrepublik – „FDP und BHE sind die wirklich schlimmen Leute“ – und fehlende Ideale in der Jugend; markige Bekräftigungen deutscher industrieller Leistungsfähigkeit<sup>26</sup>. Zumindest nach außen hin bemühte sich der BDI jedoch darum, jeden Eindruck „nationaler“ militär- und rüstungspolitischer Ambitionen zu vermeiden, indem er entsprechende Wünsche und Vorschläge stets als Beitrag zu den gemeinsamen westeuropäisch-atlantischen Verteidigungsanstrengungen deklarierte.

Am meisten interessierten ohnehin die wirtschaftlichen Aspekte internationaler Spannungen und Konflikte. Dabei war es zunächst weniger ein etwaiger Ausschluss aus dem Rüstungsgeschäft, der dem BDI Sorgen bereitete, als vielmehr die im Gefolge des Koreakrieges von den Vereinigten Staaten in Angriff genommene internationale Rohstofflenkung, die auf drastische Weise den zweitrangigen Status der Bundesrepublik und der anderen OEEC-Länder, ausgenommen Frankreich und Großbritannien, demonstrierte<sup>27</sup>. Die Bundesrepublik, so klagte der BDI, habe zwar alle Konsequenzen der Umstellung auf die „Verteidigungswirtschaft“ zu tragen, sei aber am „verteidigungswirtschaftlichen Geschehen nicht aktiv“ beteiligt, mehr noch, ihr einziger Rohstoff, die Kohle, werde „zu Gunsten der direkt in die Verteidigung eingeschalteten Länder abgezogen“. Diese mißliche Lage wurde aus der Sicht des Verbandes noch dadurch verschärft, daß die Vereinigten Staaten deutsche Lieferungen – abgesehen von einigen Engpaßbereichen – noch nicht einmal benötigten. War es also aufgrund wirtschaftlicher Entbehrlichkeit kaum möglich, Einfluß auf die Politik der westlichen Führungsmacht zu gewinnen, so mußte es immerhin als Trost erscheinen, daß die USA wenigstens aus politischen Gründen an der Stabilität der Bundesrepublik interessiert waren<sup>28</sup>.

Wenngleich sich die Rohstofflage mit dem Abflauen des Koreakrieges entspannte, blieben die im engeren Sinne „verteidigungswirtschaftlichen Probleme“, nämlich die künftigen „Besatzungs- und Truppenaufträge“, Bestellungen aus den USA sowie bereits eingeplante Aufträge im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), weiter auf der Tagesordnung<sup>29</sup>. Zur Koordinierung der anfallenden Arbeiten

<sup>26</sup> Sitzungsprotokolle 1953/54: Niederschrift Sitzung Präsidium 22. 11. 1954, in: BDIA/13.

<sup>27</sup> Sitzungsprotokolle 1951/52: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 18. 1. 1951; Niederschrift 2. ordentl. Sitzung Hauptausschuß v. 19. 1. 1951, in: Ebenda. Vgl. auch Aufzeichnung Karl Albrecht (Marshallplanministerium; W. B.), „Internationale Rohstoffbewirtschaftung“ v. 6. 11. 1950, in: BA, B 146/291. Zu Struktur und Arbeitsweise der International Materials Conference, so der Name dieser Behörde, vgl. Report on Operations of the IMC, February 26, 1951 to March 1, 1952, Washington D. C. (1952), in: BA, B 146, 1024.

<sup>28</sup> Bericht über die Reise der Delegation des BDI nach den USA vom Juli 1951; Anlage zur Niederschrift Sitzung Hauptausschuß v. 27. 9. 1951, in: BDIA 13.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. Niederschrift Sitzung Präsidium v. 28. 10. 1952, in: Ebenda; Raithef, *Wirtschaft*, S. 91 f. Grundsätzlich Gerhard Brandt, *Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik*, Witten/Berlin 1966, bes. S. 75–160.

beschloß das BDI-Präsidium im Juli 1952 die Einrichtung eines „Arbeitskreises für Rüstungsfragen“. Der Vorschlag eines Präsidiumsmitglieds, aus diesem Anlaß in einer öffentlichen Erklärung darauf hinzuweisen, daß sich die Industrie für Rüstungsaufgaben „pflichtgemäß zur Verfügung (stelle) in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Gefahren“, fand jedoch keine Mehrheit<sup>30</sup>. Offizielle Verlautbarungen zu dieser brisanten Thematik erschienen der Verbandsführung offenbar weniger dringlich als eine „störungsfreie Eingliederung“ der zu erwartenden Aufträge in den normalen Produktionsprozess. Die Bewältigung dieser Aufgabe unter Vermeidung allzu großer Abweichungen vom marktwirtschaftlichen Pfad genoß denn auch eindeutig Priorität<sup>31</sup>.

Aus der Kontroverse, ob der North Atlantic Treaty Organization (NATO) oder der EVG als organisatorischem Rahmen für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands der Vorzug zu geben sei, hatte sich der Verband deshalb herausgehalten, wiewohl er an seiner Präferenz für das NATO-Konzept keinen Zweifel gelassen hatte<sup>32</sup>. Selbst nachdem schließlich die Entscheidung für die EVG-Lösung gefallen war, plante der BDI weiter zweigleisig<sup>33</sup>. Das Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung im August 1954 kommentierte die BDI-Führung konsequenterweise recht gelassen; sie erblickte darin lediglich den Beweis für die Untauglichkeit der supranationalen Methode der europäischen Einigung, während die „Überzeugung von der unerläßlichen Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit“ unerschüttert geblieben sei<sup>34</sup>. Einen Rückschlag bei den Bemühungen, die staatliche Souveränität zu erlangen, befürchtete der BDI nicht, und die bald darauf erfolgende Ratifizierung der Pariser Verträge sowie die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO gaben dieser Erwartung schließlich auch recht.

Während die Teilnahme am Prozeß der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Integration Westeuropas sowie die deutschen Bemühungen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit den Staaten dieser Region nach Auffassung des BDI vor allem zum Ziel haben mußten, die Gleichberechtigung mit den europäischen Nachbarn zu erreichen, war das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Anfang an von der Einsicht geprägt, daß man es hier mit einer Weltmacht zu tun hatte. Verständlicherweise besaßen die Beziehungen zu den USA für die Verbandsspitze deshalb einen mindestens ebenso hohen Stellenwert wie jene zum „Erbfeind“ Frankreich. Ihre überragende Bedeutung für die Wiederankurbelung der europäischen und westdeutschen Wirtschaft hatten die USA ja bereits mit dem Marshallplan demonstriert, und der BDI bemühte sich seit seiner Gründung um die Herstellung guter Kontakte. Im Sommer

<sup>30</sup> Niederschrift Sitzung Präsidium v. 15. 7. 1952, in: BDIA/13.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. Niederschrift Besprechung Hauptgeschäftsführer v. 17. 4. 1953, in: HA 40010146/670; Vermerk betr. Generalvertrag und EVG v. 14. 7. 1952, Teil 2, in: Archiv der IHK Augsburg (AIHKA), NL Vogel, BDI 1. 1.–31. 7. 1952.

<sup>32</sup> Vgl. Bericht über die USA-Reise (Anm. 28); vgl. auch Volker Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1985, S. 266 ff.; Braunthal, *Federation*, S. 292–302, behauptet unter Berufung auf Meinungsumfragen eine stärkere Unterstützung für die EVG-Konzeption.

<sup>33</sup> Vgl. BDI-Jahresbericht 1953/54, S. 164 f.

<sup>34</sup> Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 23.

1951 fand, kurz nach der Rückkehr Erhards aus den Vereinigten Staaten, der erste offizielle Besuch einer BDI-Delegation in den USA statt<sup>35</sup>, im Dezember desselben Jahres wurden die Beziehungen anlässlich des 1. Internationalen Industriellenkongresses in New York ausgebaut<sup>36</sup>. Anerkennend konstatierte der BDI „eine Macht und ein Wirtschaftspotential (. . .), wie es niemals vorher in der Welt vorhanden“ gewesen sei, und eine daraus resultierende „politische Verantwortung für die Führung der westlichen Welt“<sup>37</sup>. Angesichts der „Schlüsselposition des Westens“, die viele amerikanische Politiker und Industrielle der Bundesrepublik zuwiesen, erhoffte sich der BDI den raschen Einbau in das „NATO-System“, um den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft kontinuierlich fortsetzen zu können.

Neben dem westdeutschen Sicherheitsproblem, dem im Zeitalter der Atomwaffen ohne Frage Priorität zukam, waren es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem drei akute wirtschaftliche Schwierigkeiten, die der BDI mit amerikanischer Hilfe zu überwinden hoffte: den Produktivitätsrückstand, die geringen ausländischen, insbesondere amerikanischen Kapitalinvestitionen sowie den Dollarmangel. Der Verband tadelte mitunter recht massiv protektionistische Tendenzen in den USA, die er für die zum Teil nur langsamen Fortschritte auf diesen Gebieten verantwortlich machte, und erinnerte an die Verantwortung des Landes für das wirtschaftliche und politische Schicksal der westlichen Welt. Aber sogar in solch selbstbewußter Kritik war noch der Rangunterschied zwischen der Bundesrepublik und der westlichen Vormacht zu spüren, den der BDI in den Beziehungen zu den westeuropäischen Nachbarn nicht mehr anzuerkennen bereit war<sup>38</sup>. Die Bedeutung des im Oktober 1954 abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages mit den USA sah der Bundesverband deshalb vor allem darin, daß er die Wirtschaftsbeziehungen zu der „größten Welthandelsnation auf eine langfristige Grundlage“ stelle<sup>39</sup>. Dramatische Veränderungen im Handelsvolumen hatte dieses Abkommen nicht zur Folge, es signalisierte jedoch die Entschlossenheit zwei der wichtigsten Handelsnationen, bei der Durchsetzung einer liberalen internationalen Wirtschaftspolitik zusammenzuarbeiten, und erhöhte schon allein dadurch das Ansehen der Bundesrepublik.

An der prinzipiellen Asymmetrie der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA änderte sich freilich nichts. Als Ende November/Anfang Dezember 1954

<sup>35</sup> Industriekurier v. 7. 8. („Erfolge der deutschen Industriedelegation“) und 8. 8. 1951 („Die USA-Reise der Delegation des Bundesverbandes“); vgl. auch diverse Aktennotizen in: AIHKA, NL Vogel, USA-Reise/Juli 1951.

<sup>36</sup> Vgl. dazu 1. Internationaler Industriellenkongreß 1.–5. 12. 1951, in: BDIA/12.

<sup>37</sup> BDI-Jahresbericht 1952/53, S. 16, in: Ebenda; Raithel, Wirtschaft, S. 81 ff. Zur Bedeutung der Bundesrepublik aus amerikanischer Sicht vgl. neuerdings Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Opladen 1991.

<sup>38</sup> BDI-NAM, Petersberg 10. 6. 1953, Ansprache Berg, in: BDIA/12.

<sup>39</sup> BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 109. Der Vertrag trat erst am 14. 7. 1956 in Kraft. Vgl. hierzu auch Manfred Knapp, *Politische und wirtschaftliche Interdependenzen im Verhältnis USA–(Bundesrepublik) Deutschland 1945–1975*, in: ders./Werner Link/Hans-Jürgen Schröder u. a., *Die USA und Deutschland 1918–1975*, München 1978, S. 153–219, bes. S. 187 ff.; Schröder, *Kanzler*, S. 132 ff.

erneut eine BDI-Delegation unter Führung Fritz Berge in den Vereinigten Staaten weilte, trug der amerikanische Außenminister Dulles, nicht zuletzt auf Drängen des Bundeskanzlers, dem Prestigebedürfnis der Deutschen zwar mit einem Empfang im State Department Rechnung, machte aber zugleich unmißverständlich deutlich, welche Politik die Regierung in Washington von ihnen erwartete: vor allem intensive Bemühungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Westeuropa, insbesondere mit Frankreich<sup>40</sup>. Der Platz der Bundesrepublik war, mit anderen Worten, im westeuropäischen Verbund, politische Notwendigkeit rangierte vor ökonomischer Rationalität, und der BDI akzeptierte, wenngleich gelegentlich nur widerstrebend, diese Rangordnung.

Dies zeigte sich insbesondere im Handel mit den Ostblockländern. Schon im März 1950, wenige Monate nach seiner Gründung, hatte sich der Bundesverband auf einer Sitzung seines Außenhandelsausschusses ausführlich mit den speziellen Problemen auf diesem Gebiet beschäftigt. Mehrere Redner hatten die Bedeutung des Osthandels für die westdeutsche Wirtschaft unterstrichen. Immerhin waren zwischen 1928 und 1933 etwa 18 Prozent der deutschen Ausfuhr in diese Region gegangen, gegenüber nur 5 Prozent im Jahre 1949. Die Notwendigkeit einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit diesen Ländern war auch damit begründet worden, daß anders ein Ausgleich der Zahlungsbilanz bis zum Auslaufen des Marshallplanes im Jahre 1952 nicht möglich sei. Um mögliche Befürchtungen in den westlichen Hauptstädten zu zerstreuen, hatten die verhinderten deutschen Osthändler ausdrücklich betont, sie „seien nicht nur darauf angewiesen, mit dem Westen zu arbeiten“, sondern fühlten sich „wohl sämtlich als Westeuropäer, die auch den inneren Wunsch hätten, sich zu Westeuropa zu bekennen und hier die politische Zukunft zu suchen“. Die Bundesrepublik verlange aufgrund ihrer „geopolitischen Lage“ und ihrer „großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ lediglich das „gleiche Recht zur Ausweitung des Osthandels, wie es einige andere westeuropäische Länder bereits für sich beanspruchten“<sup>41</sup>.

Als das BDI-Präsidium im August 1954 erneut über Grundsatzfragen des Osthandels diskutierte, hatte sich an dieser Konstellation kaum etwas geändert. Nach wie vor fühlte sich die westdeutsche Industrie im Handel mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Ostblocks gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz benachteiligt. Während sich die Forderung nach Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiet bislang jedoch in erster Linie an die Adresse der drei Westmächte gerichtet hatte, geriet nun die Bundesregierung zunehmend unter Beschuß: Wohl herrschte Konsens,

<sup>40</sup> National Archives, Washington D. C. (NA), RG 59, 862 A. 054/12-754: Memorandum of conversation v. 7. 12. 1954 inkl. Anlage. Zur Bewertung des Besuchs aus Sicht des BDI vgl. Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 26. 1. 1955, in: BDIA/13.

<sup>41</sup> Bericht Sitzung Außenhandelsausschuß v. 3. 3. 1950, in: AIFKA, NL Vogel, BDI – Außenhandelsausschuß I, März 1950–Juni 1951. Vgl. auch Braunthal, *Federation*, S. 305–316; Claudia Wörmann, *Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung*, Frankfurt a. M./New York 1982, S. 12ff.; Reinhard Neebe, *Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik 1949–1953*, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), *Marshallplan*, S. 163–202.



daß es sich beim Ostgeschäft um einen „sehr stark politischen Wirtschaftskomplex“ handle und daß es folglich darauf ankomme, „das Risiko abzuwägen, durch eine möglicherweise zu starke Intensivierung des Osthandels die Sympathien des Westens und damit einen politisch sicheren Markt zu verlieren“. Dennoch müsse es, „bei aller Anerkennung des Führungsanspruchs der Regierung“, künftig der Wirtschaft selbst überlassen bleiben, den günstigsten Zeitpunkt für die Wiederaufnahme des Osthandels zu bestimmen<sup>42</sup>.

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung auf der einen und das gestiegene Selbstvertrauen des Verbandes auf der anderen Seite äußerten sich bereits einen Monat später auch noch in einer anderen Frage. Als BDI-Präsident Berg anlässlich einer Erörterung der außenpolitischen Lage auf die Besorgnisse der französischen Industrie „über das Ausmaß und Tempo der Wiederherstellung der deutschen Produktionskapazitäten“ hinwies, sprachen sich mehrere Sitzungsteilnehmer aus Rücksicht auf diese Empfindlichkeiten dafür aus, „die unbestreitbar hervorragenden Leistungen der deutschen Industrie nach außen nicht zu betont herauszustellen (. . .), vielleicht sogar statisch die Überschätzung der deutschen Industriekapazität klarzustellen“. Freilich „müsse die Zurückhaltung ihre Grenze in der Notwendigkeit finden, im wirtschaftlichen Wettbewerb mit ausländischen Industrien sich durchzusetzen, wozu es auch einer Verbesserung der Wirtschaftsabteilungen bei den deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland“ bedürfe. Damit nicht genug, wurde das Auswärtige Amt mit dem warnenden Hinweis, daß es künftig „den Vorschlägen der deutschen Wirtschaft als des Lebensnervs des deutschen Volkes ein größeres Gewicht beilegen“ müsse als bisher, gleich mit in die Kritik einbezogen<sup>43</sup>.

Es war unverkennbar: Der BDI präsentierte sich zunehmend selbstbewußter. Er hatte dazu auch einigen Anlaß, denn schließlich war das Konzept, mit dem er, im Einklang mit der Bundesregierung, auf die Herausforderungen der frühen fünfziger Jahre reagiert hatte, im großen und ganzen aufgegangen: Die Aussöhnung mit Frankreich, wichtigste Voraussetzung der von alliierter Seite zur Bedingung des westdeutschen Wiederaufstiegs erhobenen westeuropäischen Zusammenarbeit, machte Fortschritte; das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, von deren militärischer und wirtschaftlicher Stärke die Bundesrepublik abhängig war, konnte intensiviert werden. Eingebettet in dieses Geflecht westeuropäischer und atlantischer Beziehungen war es gelungen, den wirtschaftlichen und politischen Spielraum sukzessive auszudehnen. Worauf es dem Verband dabei besonders ankam, war ein zumindest formal gleichberechtigter Status im Rahmen der jeweiligen „Integrationsklubs“. Dazu bedurfte es freilich auch des Verzichts der drei „Besatzungsmächte“ auf jene wenigen Vorbehaltsrechte, welche die Bundesrepublik noch von der „Souveränität“ trennten.

<sup>42</sup> Sitzungsprotokolle 1953/54: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 13. 8. 1954, in: BDIA/13.

<sup>43</sup> Niederschrift Sitzung Präsidium v. 13. 9. 1954, in: Ebenda.

## II.

Der Aufstieg der Bundesrepublik in den Kreis der europäischen Mächte vollzog sich als kurzer, aber dennoch kontinuierlicher Prozeß. Die Erlangung der formalen Souveränität am 5. Mai 1955 bedeutete deshalb keinen qualitativen Sprung in dieser Entwicklung. Dennoch fiel einem britischen Beobachter der westdeutschen Industrieszene eine markante Veränderung auf: „The restoration of German sovereignty has given a fillip to German self-confidence which has shown itself in rather greater emphasis on a forward economic foreign policy, especially in underdeveloped countries.“ Weiter konstatierte er, daß „the re-establishment of diplomatic relations with Russia has tended to increase the hopes of those industrialists who look for markets in the East“<sup>44</sup>.

Auch für den BDI standen nun, nachdem die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Vertragssystem zum Abschluß gekommen und das Land auf den dritten Rang der Welthandelsnationen aufgerückt war, die Zeichen auf Expansion<sup>45</sup>. Die Bemühungen der westdeutschen Wirtschaft, ihre traditionellen Handelsbeziehungen mit dem Nahen und Mittleren Osten und mit Südamerika wiederzubeleben, waren auf seiten der Westmächte stets mit einer Mischung aus Furcht und Bewunderung verfolgt worden<sup>46</sup>. Die tatsächlichen Außenhandelsumsätze mit den wichtigsten Partnern in diesen Regionen lassen jedoch erkennen, daß die teilweise hektischen Reaktionen in Paris oder London eher auf die Verwunderung darüber zurückzuführen waren, daß die deutsche Konkurrenz überhaupt schon wieder auf bestimmten, sichergeglaubten Märkten auftauchte, als auf spektakuläre deutsche Erfolge. Zwar stieg zwischen 1955 und 1958 der Wert der Exporte nach Indien von 494 auf 1098 und nach Brasilien von 296 auf 617 Millionen DM, doch fielen im gleichen Zeitraum Argentinien, Mexiko und Kolumbien aus der Rangliste der 20 wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik heraus, und der Anteil der Exporte in die außereuropäischen „Entwicklungsländer“ an der deutschen Gesamtausfuhr stagnierte bei etwa 21 Prozent<sup>47</sup>. Nüchterne Analysen ausländischer Experten lobten zwar die Tüchtigkeit der deutschen Kaufleute, kamen jedoch insgesamt ebenfalls nicht zu sonderlich beunruhigenden Ergebnissen<sup>48</sup>. Die ersten Versuche zu einer systematischeren Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die nach 1955 einsetzten – bis dahin hatte sich in erster Linie die Privatwirtschaft engagiert, freilich mit staatlicher Unterstützung –, änderten daran nur wenig. Wie schon im

<sup>44</sup> Sykes an Rose v. 25. 2. 1956, in: PRO FO 371/124 587/WG 1108/2.

<sup>45</sup> Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 9–20.

<sup>46</sup> Vgl. z. B. den ausführlichen Bericht über die deutschen Aktivitäten im Nahen Osten, in: Ministère des Affaires Étrangères, Archives Diplomatiques, Paris (MAE), EU-Europe 1949–1955, Allemagne, Vol. 349: Bericht der französischen Hohen Kommission an Schuman v. 22. 5. 1952.

<sup>47</sup> Zahlen nach: BDI-Jahresbericht 1957/58 und 1958/59; Knapp, Interdependenzen, in: Knapp/Link/Schröder u. a., Die USA und Deutschland 1918–1975, S. 200f.

<sup>48</sup> Vgl. z. B. den Bericht der United Kingdom Trade Commission in Karatschi vom Juli 1957 über die deutsche Konkurrenz auf dem pakistanischen Markt zwischen 1952 und 1956, in: NA, RG 59, 862 A. 0090D/7-2957.

Falle des Marshallplans und der europäischen Integration kam es der Bundesregierung und der deutschen Industrie dennoch sehr gelegen, daß sich „nationale“ oder branchen-, ja selbst firmenspezifische Interessen erneut häufig bruchlos in die amerikanischen Bemühungen zur Zurückdrängung des „kommunistischen“ Einflusses in den Entwicklungsländern einfügten<sup>49</sup>. Allerdings operierten die Deutschen recht vorsichtig, so daß sich das State Department gelegentlich sogar veranlaßt sah, größeres Engagement einzufordern: Die Vereinigten Staaten hofften, so hieß es in einem internen Memorandum vom März 1958, „that the Federal Republic, in view of its strong economic and financial position and its political interests in strengthening the free world, will further increase the amounts and very substantially lengthen the maturity dates of German lending not only to India, but also to other less-developed countries“<sup>50</sup>.

Während die reale Entwicklung des Handels mit den Entwicklungsländern also nach 1955 keinen spektakulären Anstieg erlebte, profitierte die Bundesrepublik von dem generellen Aufschwung im Osthandel zwischen 1953 und 1958 stärker als die westeuropäischen Konkurrenten: 1956 erreichten die westdeutschen Ostexporte das Niveau der britischen Ausfuhr, ab 1957 übernahm die Bundesrepublik sogar die Führung<sup>51</sup>. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR 1955 dürfte dafür allerdings nicht der Hauptgrund gewesen sein; immerhin dauerte es noch bis 1958, ehe ein umfassendes Handels- und Zahlungsabkommen zustande kam. Es war wohl eher das auf den Investitionsgüterbedarf der potentiellen Kunden im Ostblock zugeschnittene „Exportangebot“ der westdeutschen Industrie, das diesen Erfolg ermöglichte. Eine deutschlandpolitische Instrumentalisierung des Osthandels, wie sie die Bundesregierung noch bis ins Jahr 1958 hinein verfolgte, konnte diese Spitzenposition nur gefährden und fand deshalb in den interessierten Wirtschaftskreisen kaum Unterstützung. Die Nachteile „politisierte“ Wirtschaftsbeziehungen waren dem BDI durchaus bewußt, auch wenn dies seinen öffentlichen Bekenntnissen zur amerikanischen Globalstrategie und zur Außenpolitik der Bundesregierung nicht immer anzumerken war.

Eingedenk solcher „politischen“ Grenzen blieb der BDI, bei allem demonstrativ zur Schau getragenen Bewußtsein eigener Stärke, dennoch realistisch genug, den Einfluß der Bundesregierung oder gar der westdeutschen Industrie auf den Gang der internationalen Politik nicht zu überschätzen. Alleingänge kamen für den Verband, ungeachtet gelegentlicher Versuchungen, letztlich nicht in Betracht, die Einbindung in das westliche Bündnis blieb die entscheidende Konstante seiner außenpolitischen Konzeption. Diesen Kurs galt es aus der Sicht des BDI auch nach dem Eintritt in den Kreis der souveränen Staaten fortzusetzen, jeden Gedanken an ein neues „Rapallo“ wies der Verband weit von sich. Die feierliche Beschwörung der deutschen Wiedervereinigung

<sup>49</sup> Zu den einzelnen Etappen der Bonner Entwicklungspolitik vgl. Klaus Bodemer, Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Franz Nuscheler (Hrsg.), Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Opladen 1985, S. 278–307.

<sup>50</sup> Positionspapier aus dem State Department v. März 1958, in: NA, RG 59, 862 A. 0091/3–2658. Zur Haltung des BDI vgl. Braunthal, Federation, S. 331 ff.

<sup>51</sup> Vgl. dazu und zum folgenden Wörmann, Osthandel, S. 19–35.

als der ersten Sorge der Nation nahm sich in diesem Zusammenhang eher als Pflichtübung denn als ernstgemeintes Anliegen aus<sup>52</sup>.

Auch auf dem Feld der europäisch-atlantischen Wirtschaftsbeziehungen blieb dem BDI zunächst nichts anderes übrig, als zu versuchen, Inhalt und Formen der Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse der bundesrepublikanischen Wirtschaft auszurichten. Angesichts der starken Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Außenhandel drängte der Verband mit Nachdruck auf die Harmonisierung der Handels-, Währungs- und Wirtschaftspolitik der NATO-Länder als Voraussetzung für die Konvertibilität der Währungen. Bei allen offiziellen Bekenntnissen zum „Multilateralismus“ waren die Experten des BDI jedoch nicht bereit, auf bewährte bilaterale Verfahren prinzipiell zu verzichten, „weil man damit die deutsche Konsumgüterausfuhr eines wesentlichen Schutzes berauben und sich des Einflusses auf diejenigen Länder begeben würde, die durch staatliche Maßnahmen ihre Ein- und Ausfuhr steuern“<sup>53</sup>.

Wenngleich das Jahr 1955 für die Politik des BDI also keine Zäsur bedeutete und die Verbandsführung nach außen darauf bedacht war, Kontinuität zu demonstrieren, wollte sie den gestiegenen internationalen Einfluß der Bundesrepublik vorrangig dazu genutzt sehen, die eigenen wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume auszuweiten bzw. zumindest eine weitere Einschränkung zu verhindern. Am deutlichsten zeigte sich diese Tendenz in der Frage der Weiterführung der europäischen Einigungspolitik. Das Konzept der supranationalen Integration war der westdeutschen Industrie, wie bereits erwähnt, seit jeher suspekt gewesen. Hatte sie sich im Falle der Montanunion noch zähneknirschend gefügt, so lieferte das Scheitern der EVG endlich den willkommenen und aus ihrer Sicht unwiderlegbaren Beweis dafür, daß diese Methode ungeeignet war zur Integration der westeuropäischen Staaten. Vor dem Hintergrund der Vorbereitungen zur Konferenz von Messina und den dortigen Beratungen selbst<sup>54</sup> entspann sich deshalb eine heftige Debatte über den einzuschlagenden Kurs. Für den BDI stand von vornherein fest, „daß eine Fortsetzung der Integration auf dem Wege supranationaler Institutionen unter Aufgabe von Souveränitätsrechten nicht mehr angehe, daß vielmehr ( . . . ) der OEEC-Stil der gangbare Weg sei“. Vor allem müsse sichergestellt sein, daß „in Zukunft keine autoritäre Stelle bestehe, sondern daß gemeinsame politische Entscheidungen von Fall zu Fall zu treffen seien“<sup>55</sup>.

Es waren jedoch nicht nur der BDI und andere Industrieverbände allein, die Front gegen die supranationale Konzeption machten. Gewichtige Unterstützung erhielten sie auch aus dem Regierungslager. Prominentester Verbündeter war Ludwig Erhard, der sich bereits in einer privaten Studie vom Frühjahr 1955 „Gedanken zu den Proble-

<sup>52</sup> Vgl. Bericht über die 6. ordentl. Mitgliederversammlung, S. 29 (= BDI-Drucksache Nr. 36); Braunthal, *Federation*, S. 286 ff.

<sup>53</sup> Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift 6. ordentl. Mitgliederversammlung v. 17. 5. 1955, in: BDIA/13.

<sup>54</sup> Vgl. dazu Hanns-Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982.

<sup>55</sup> Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 8. 6. 1955, in: BDIA/13. Vgl. auch Platzer, *Unternehmensverbände*, S. 49–55; Raithel, *Wirtschaft*, S. 84 ff.

men der Kooperation oder der Integration“ gemacht hatte. Für ihn bot die Montanunion „eine wahre Fundgrube für Erkenntnisse, die im ganzen genommen einer Nachahmung dieses Modells nicht gerade förderlich“ seien. Was ihn besonders störte, waren die branchenmäßige Begrenzung und der dirigistische Grundzug; überdies war er davon überzeugt, „daß angesichts der Empfindlichkeit der Nationalstaaten in bezug auf die Preisgabe souveräner Rechte gerade auf dem wirtschaftlichen Felde entscheidende Fortschritte nicht zu erwarten“ seien. Und wenn er ganz allgemein davon sprach, daß „die Nationalstaaten“ immer noch der „mehr oder minder ausgesprochenen Überzeugung“ huldigten, daß sie „das wirtschaftliche und soziale Schicksal ihres Landes und Volkes nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Zielen zu gestalten hätten und es gerade hinsichtlich dieses Gegenstandes keine internationale Bindung bzw. keine Unterordnung geben könne oder dürfe“, so beschrieb er wohl nicht zuletzt seine eigenen Empfindungen und Vorstellungen zu diesem Thema<sup>56</sup>.

Die Bereitschaft, zugunsten europäischer Institutionen auf Souveränitätsrechte zu verzichten, ließ jedenfalls nach dem Mai 1955 merklich nach. Dies zeigte sich besonders deutlich in der Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Bemühungen des BDI, eine „Europäisierung“ der Kerntechnik durch bilaterale Abkommen mit Großbritannien und den USA zu unterlaufen, scheiterten jedoch trotz der Unterstützung aus dem Wirtschafts- und dem Atomministerium letztlich am Widerstand der amerikanischen Regierung<sup>57</sup>. Zwar war die Bundesrepublik noch nicht soweit, daß sie im europäischen Einigungsprozeß die politische Führung übernehmen konnte<sup>58</sup>, doch auf der Ebene der Experten gelang es immer mehr, der Integration den eigenen marktwirtschaftlichen Stempel aufzudrücken. Auch scheint der Einfluß des BDI doch größer gewesen zu sein, als gelegentlich angenommen wird<sup>59</sup>. Die Verbandsführung verfolgte den Gang der Verhandlungen nicht nur sehr aufmerksam, eine eigens eingesetzte „Präsidialkommission für Fragen der europäischen Integration“ sollte den Standpunkt des BDI auch gegenüber Regierung und

<sup>56</sup> Ludwig-Erhard-Archiv, NL Erhard I. 1)3. Zur Konzeption Erhards vgl. Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986, S.127–137; Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 128–146. Zu den europapolitischen Differenzen zwischen Erhard und Adenauer zuletzt Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 285–307.

<sup>57</sup> Vgl. dazu mit vielen Belegen FRUS 1955–1957, Vol. IV, Washington 1986, bes. S. 335 ff.; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975, Reinbek b. Hamburg 1983; Michael Eckert, Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143.

<sup>58</sup> Vgl. dazu z. B. FRUS 1955–1957, IV, S. 283–287: Memorandum of a conversation, bes. S. 286. In dem Gespräch zwischen Vertretern der Hohen Behörde der EGKS und des State Department ging es u. a. um die Aussichten eines gemeinsamen Marktes. Albert Coppe, einer der Vizepräsidenten der Hohen Behörde, sagte in diesem Zusammenhang, „that the initiative would be taken by the Benelux countries since France was currently unable to take the lead and it was undesirable for Germany to assume leadership, for political reasons“.

<sup>59</sup> Vgl. Platzer, Unternehmerverbände, bes. S. 50. Gegenteiliger Meinung ist Küsters, Gründung, S. 275 f.



Öffentlichkeit zur Geltung bringen<sup>60</sup>. Den im April 1956 vorgelegten „Spaak-Bericht“ zur Wirtschafts- und Atomintegration kommentierte das Präsidium recht wohlwollend<sup>61</sup>. Bedenken bestanden zwar gegen den künftigen Wegfall von Agrarimporten als „Verhandlungsmasse“ bei Handelsverträgen, gegen die Wettbewerbsregeln sowie gegen die aus der Sicht des Verbandes ungenügende Harmonisierung der Steuersysteme und Arbeitsbedingungen, doch wollte man keinesfalls die Verantwortung für ein mögliches Scheitern des gesamten Projekts übernehmen. Lediglich das Junktim zwischen EURATOM und Gemeinsamen Markt sollte unter allen Umständen verteidigt werden. Daß sich der BDI nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Mitarbeit bereit erklärte, wollte er keinesfalls als vorbehaltlose Zustimmung gewertet sehen; vielmehr kam es ihm nun darauf an, einzelne „Ungereimtheiten“ zu beseitigen und die „richtigen“ Persönlichkeiten in die europäischen Gremien zu entsenden<sup>62</sup>. Im übrigen vertraute man darauf, daß die „Elastizität“ des Vertragswerkes die Möglichkeit biete, „die Erfahrungen der Wirtschaft bei der weiteren Gestaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verwerten“<sup>63</sup>.

Mit dieser eher nüchternen Bewertung von EWG und EURATOM war der BDI jedenfalls weit entfernt von der euphorischen Prognose Adenauers, daß die „gewaltige wirtschaftliche Kraft“ der sechs EWG-Länder, die „ganz sicher auch zu gemeinsamem politischen Handeln im großen“ führen werde, „auf die Geschehnisse in dieser Welt ihren Einfluß ausüben“ werde<sup>64</sup>. Die Erwartungen des Verbandes gerade in dieser Hinsicht waren nicht besonders hoch. Und so interessierten, neben den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes für die Gesamtheit der EWG-Mitglieder, vor allem jene für die „eigene“ Industrie. Hier kam der BDI aufgrund einer Analyse der Wettbewerbssituation und der Produktionskosten zu dem Ergebnis, daß, wie es mit fast schon ironisch anmutendem Understatement hieß, „eine gewisse Zuversicht der Deutschen Industrie beim Eintritt in den Gemeinsamen Markt nicht unberechtigt“ sei<sup>65</sup>. Dennoch: Das kräfte- und zeitraubende Interessenclearing auf europäischer Ebene war gewiß nicht nach dem Geschmack der Industrie und mancher deutscher Politiker. Weitere Versuche, aus dem Integrationsgeleitzug auszuscheren, wurden nach dem Mißerfolg im Falle von EURATOM allerdings nicht befürwortet. Vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik achtete der BDI darauf, jegliche Irritation bei den Verbündeten zu vermeiden: „Das Verteidigungsgeschehen in der Bundesrepublik“, so hieß es beispielsweise im Jahresbericht 1958/59, könne „nur im Rahmen der NATO richtig gesehen werden.“ Dieses klare Bekenntnis schloß auch die Bereitschaft zur rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, denn der Gedanke an eine „Rüstungsautarkie“ sei von staatlichen

<sup>60</sup> Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 20. 1. 1956, in: BDIA/13.

<sup>61</sup> Vgl. Niederschrift Sitzung Präsidium v. 23. 5. 1956, in: Ebenda; dort auch die folgenden Zitate. Zum „Spaak-Bericht“ vgl. Küsters, *Gründung*, S. 135–268.

<sup>62</sup> Vgl. Sitzungsprotokolle 1957/58: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 16. 5. 1957, in: BDIA/13.

<sup>63</sup> BDI-Jahresbericht 1956/57, S. 42.

<sup>64</sup> Adenauer, *Teegespräche 1955–1958*, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 181.

<sup>65</sup> BDI-Jahresbericht 1957/58, S. 27.

Stellen und „bei der deutschen Industrie seit langem und endgültig beiseite gelegt“ worden. Zur Klärung technischer Probleme, aber auch zur politisch-ideologischen Unterrichtung organisierte der Verband Besuche interessierter Industrieller beim NATO-Hauptquartier sowie Vorträge von NATO-Mitarbeitern im verteidigungswirtschaftlichen Ausschuss des BDI<sup>66</sup>.

Auf dem wirtschaftlichen Feld verlegte sich der BDI nun verstärkt darauf, die institutionalisierte Zusammenarbeit in Europa über den EWG-Rahmen hinaus auszudehnen. Er wurde zum beredten Fürsprecher einer westeuropäischen Freihandelszone und bot sich als Vermittler zwischen den gegensätzlichen Interessen der französischen und englischen Industrie an<sup>67</sup>. Die EWG, das machte der Verband deutlich, dürfe „nicht das Endziel“ sein, weil sonst die Gefahr einer „Aufspaltung des Wirtschaftslebens unserer bisher durch die OEEC gebildeten Gemeinschaft in zwei handelspolitische Blöcke“ drohe. Diese Warnung war durchaus berechtigt, waren doch die Länder der späteren European Free Trade Association (EFTA) als Handelspartner der Bundesrepublik bis Ende der fünfziger Jahre kaum weniger wichtig als die EWG-Länder. Aber selbst eine solche „gesamtwesteuropäische“ Perspektive erschien dem BDI noch nicht ausreichend: ihm kam es nunmehr, am Ende der fünfziger Jahre, vor allem darauf an, „aus der europäischen Enge“ in die „Atlantische Gemeinschaft“ hineinzukommen<sup>68</sup>. Die bereits angedeuteten Bemühungen, in den sogenannten Entwicklungsländern Fuß zu fassen, sowie der 1958 von Erfolg gekrönte Einsatz für die Wiederherstellung der Konvertibilität der wichtigsten europäischen Währungen waren wichtige Schritte auf diesem Wege<sup>69</sup>.

Dem „wirtschaftlichen Riesen“ Bundesrepublik – in dieser Hinsicht hatten sich die Befürchtungen insbesondere in Frankreich vollauf bestätigt – wurde es in „Kleineuropa“ also allmählich zu eng. Die Anfang der fünfziger Jahre mehr oder weniger „verständnisvoll“ hingegenommene Einbindung in supra- und internationale Institutionen empfand man zunehmend als lästig. Der BDI machte sich zum Sprachrohr solcher Stimmungen. Er konnte sich dabei zwar der Unterstützung Ludwig Erhards sicher sein, zugleich mußte er aber darauf achten, zur doch behutsameren Politik des Bundeskanzlers nicht allzusehr in Widerspruch zu geraten. Die Sechsergemeinschaft blieb freilich, allen weitergehenden Ambitionen zum Trotz, vorerst die entscheidende ökonomische Basis nicht nur für die Außenwirtschafts-, sondern auch für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Die politische Umsetzung des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses in Europa und in der Welt, wie er sich in Handelsbilanzüberschüssen oder steigenden Dollarreserven ausdrückte, erwies sich im Alleingang als unmöglich. Der

<sup>66</sup> Vgl. BDI-Jahresbericht 1958/59, S. 31f., 251–256; die Zitate S. 251 u. 253.

<sup>67</sup> Vgl. Sitzungsprotokolle 1957/58: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 26. 3. 1958, in: BDIA/13.

<sup>68</sup> So das Geschäftsführende Präsidialmitglied, Wilhelm Beutler, auf der 10. Mitgliederversammlung des BDI v. 23. 6. 1959, in: Ebenda, Sitzungsprotokolle 1959.

<sup>69</sup> Vgl. die einschlägigen Abschnitte in den Jahresberichten 1957/58 und 1958/59. Zur Wiederherstellung der Konvertibilität vgl. neuerdings Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990, S. 166–170.

BDI erkannte rasch, daß die Bundesrepublik nur als Mitglied größerer „Integrationsklubs“ wie der EWG oder der NATO reüssieren konnte.

### III.

Ein Jahrzehnt nach Günter Henle nahm auf einer BDI-Geschäftsführerkonferenz im April 1960 ein Verbandsfunktionär mit wiederum recht pointierten Bemerkungen zur Frage nach Voraussetzungen und Chancen machtpolitischer Ambitionen in Europa Stellung. Sein Befund fiel ganz ähnlich aus: Es bestünden „keine machtpolitischen Aussichten mehr“, das „Zeitalter der europäischen Grenzkriege und der europäischen politischen Machtdemonstrationen“ sei vorüber; trotz eines „sehr beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs“ in den letzten zehn Jahren sei „die alte europäische Machtposition verloren“. Bemerkenswert ist aber, daß der Redner die Gewichte im westeuropäischen Raum doch anders verteilte als Henle zehn Jahre zuvor. Den „Ruhm einer geistig-geistlichen Führung“ billigte er Rom, dem Vatikan, zu; das „politische Schwergewicht“ liege in Paris, denn „nach den politischen Ereignissen der letzten Vergangenheit“ sei ein deutscher Führungsanspruch „auf lange Zeit, wenn nicht für immer, verspielt“. Anders verhalte es sich dagegen mit der Frage der ökonomischen Führung: Die wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen nach 1945 hätten „in der ganzen Welt, aber auch bei den europäischen Partnerländern, einen tiefen Eindruck hinterlassen“. Es erscheine „nicht ausgeschlossen“, daß die Bundesrepublik „in allen Fragen auf der ökonomischen Ebene ein stärkeres Gewicht haben werde als die anderen Partner“. Auf diese Weise „könnte Deutschland eine wirtschaftliche zentrale Position zufallen, welche zu bedauern“ es keinen Grund gebe<sup>70</sup>.

War der Abschied von der Machtpolitik in deutschen Industriekreisen also doch von Dauer? Legt man die traditionelle, gewaltpolitisch und nationalstaatlich akzentuierte Definition zugrunde, wird man diese Frage – jedenfalls für die große Mehrzahl der Industriellen – bejahen können. Geht man hingegen von einem „modernen“ Begriff von Machtpolitik aus<sup>71</sup>, lautet die Antwort anders: Zwar war die „militärische Kraft“ geborgt und die „diplomatische Möglichkeit“ noch begrenzt – zusammen mit der unbezweifelbaren „wirtschaftlichen Überlegenheit“ gestatteten diese Faktoren jedoch eine deutsche Außenpolitik im westeuropäisch-atlantischen Verbund, die mit dem Terminus „verantwortliche Machtpolitik“ zutreffend beschrieben ist.

<sup>70</sup> Sitzungsprotokolle 1960: Anlage 3 zur Niederschrift über die BDI-Geschäftsführerkonferenz v. 8. 4. 1960, Rede Born, in: BDIA/13.

<sup>71</sup> Vgl. Schwarz, Die gezähmten Deutschen, bes. S. 153–175.